



Gruppe SPD/FDP + Helmut Plöger + Menno-Peters-Str. 10 + 26844 Jemgum

Herren
Vorsitzender Konrad Kruse
Bürgermeister Hans-Peter Heikens

per Mail

Jemgum, den 07. Februar 2021

Betr.: Haushalt 2021 - Haushaltssicherungskonzept
Hier: Streichung Steuererhöhungen im Haushaltssicherungskonzept

Sehr geehrter Herr Vorsitzender
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Im Haushaltssicherungskonzept des Haushaltsjahres 2020 wurden unter den laufenden Nummern 4, 5 und 6 (*Seite 6 des Haushaltssicherungsberichtes zum Haushalt 2020*) die Erhöhung der Grundsteuern A (+ 6000,00 €) und B (+25.000,00 €) sowie der Gewerbesteuern (+61.000,00 €) ab dem Haushaltsjahr 2023 festgelegt.

Im Namen der SPD/FDP-Gruppe beantrage ich die o.g. geplanten Steuererhöhungen aus dem Haushaltssicherungskonzept zu streichen.

Uns ist bewusst, dass diese Maßnahme zur Folge hat, dass sich der Konsolidierungsbetrag im Haushaltssicherungskonzept um insgesamt 92.000,00 € verringert.

Deshalb schlägt die SPD/FDP-Gruppe vor, zum Ausgleich den Ansatz der Gewerbesteuer-/Ausgleichszahlungen der Kavernenbetreiber von derzeit 155.500,00 € auf 247.500,00 € zu erhöhen.

Zeitgleich wird die Verwaltung beauftragt, dahingehend die Gespräche mit den Kavernenbetreibern zu führen und zu forcieren. Ziel soll sein, dass die Kavernenbetreiber künftig wieder einen deutlich höheren Beitrag zum Ausgleich des Haushaltsdefizites der Gemeinde Jemgum leisten, als die hier errechnete Summe.

Beschlussvorschlag:

Die im Haushaltssicherungskonzept des Haushaltsjahres 2020 unter den laufenden Nummern 4, 5 und 6 geplanten Steuererhöhungen bei den Grundsteuern A und B, sowie der Gewerbesteuer werden gestrichen.

Als Ausgleich wird der Ansatz der Gewerbesteuer-/Ausgleichszahlung der Kavernenbetreiber auf 247.500,00 € erhöht.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Gespräche mit den Kavernenbetreibern zu führen und zu forcieren.

Begründung:

Aus Sicht der SPD/FDP-Gruppe ist es gegenüber der Bevölkerung der Gemeinde Jemgum nicht mehr vertretbar, dass die Kavernenbetreiber kaum noch einen Beitrag zum Ausgleich des Haushaltsdefizites leisten, während die Bürger*innen immer mehr belastet werden sollen. Dies hat mit einer gerechten Verteilung der Lasten nichts mehr zu tun.

Mit der Bitte um Beachtung und freundlichen Grüßen


(Vorsitzender)